

**Niederschrift über die Sitzung
des Kreistags am 26. April 2021**

in der Gemeindehalle Oppenweiler, Seegasse 15 in 71570 Oppenweiler

Öffentlich

Anwesend:

Der Vorsitzende:	Landrat Dr. Sigel	
Anwesende Kreisrätinnen und Kreisräte:	Gomolzig, Hundt, Jäger, Jenner-Wanek, Dr. Ketterer, Mößner, Dr. von Pollern, Schaal, Scheurer, Theile, Dr. Ulfert (bis 17:20 Uhr), Wersch, Winkle, Zerrer	(CDU)
	Ahrens, Bühler, Dannemann, Friedrich, Jasper, Dr. Scherer, Ulrich, Wiedmann	(Freie Wähler)
	Bayer, Besa, Bührle, Dr. Fleischer, Härtner, Kowatsch, Messinger, Schmidt	(GRÜNE)
	Faure, Hestler, Kelemen, Riedel, Wörner	(SPD)
	Häfele, Haußmann, Lenk, Oettinger, Dr. Weigold	(FDP-FW)
	Bußler, Huschka, Kral, Lindenschmied, Thiel, Throm	(AfD)
	Barthold, Dr. Borkowski, Wrobel	(DIE LINKE/ÖDP)
	Klinghoffer, Kölz	(Wilhelm/ Klinghoffer)
Teilnahme ohne persönliche Anwesenheit:	Beutel, Dr. Engel, Holzwarth, Reingruber, Sczuka, Treiber	(CDU)
	Häuser, Heid, Hesky, Jud, Knödler, Sailer, Scharmman, Schölzel	(Freie Wähler)
	Ellinger, Fazio, Gothe, Häffner, Halder, Dr. Rebmann, Schwarz	(GRÜNE)
	Bauer, Berger, Gruber, Gruber-Seibold, Klopfer, Möhrle, Rentschler, Schäf	(SPD)
	Auer, Goll, Payr	(FDP-FW)



Maier, Malcher

(AfD)

Königeter

(DIE LINKE/ÖDP)

Wilhelm

(Wilhelm/
Klinghoffer)

Entschuldigte Kreisrätinnen und
Kreisräte:

Altenberger, Eusebi, Müller, Schöllkopf

Ferner:

Finanzdezernent Schäfer

Presse

Der Schriftführer:

Kreisoberamtsrat Hasert

Beginn der öffentlichen Sitzung: 15:30 Uhr

Ende der öffentlichen Sitzung: 17:30 Uhr

Vor Eintritt in die Tagesordnung begrüßt Landrat Dr. Sigel die Kreisrätinnen und Kreisräte zur ersten Hybridsitzung des Kreistags mit anwesenden sowie digital zugeschalteten Mitgliedern. Er führt einleitend aus, gewöhnen wolle er sich trotzdem nicht an diesen Ausnahmezustand, da der persönliche Austausch zu kurz komme, was die Kommunalpolitik eigentlich ausmache. Bedauerlicherweise seien die Zahlen vom Wochenende auch die höchste Inzidenz seit Beginn der Corona Krise. Die Rems-Murr Kliniken hätten am Wochenende noch einmal informiert, was dies für den Rems-Murr-Kreis konkret bedeutet. Es gelte nicht zu dramatisieren, aber die Situation sehr ernst zu nehmen und alle dafür zu sensibilisieren ihren Beitrag zu leisten, damit man bald wieder mehr Normalität habe. Erfreulicherweise komme die Impfkampagne auch gut voran. So sei der Impf-Truck seit Wochen im Einsatz, was ein Beispiel für die gute Zusammenarbeit zwischen den Kommunen, mit der Ärzteschaft und dem Landkreis sei. Darüber hinaus gebe es trotz Corona keinen Stillstand und es gehe auch in vielen anderen Bereichen im Landkreis weiter voran. Herr Dr. Sigel nennt hier beispielhaft, das Schulzentrum in Waiblingen, das gerade eine neue Fassade bekomme, die erste Regionale Kulturkonferenz im Rahmen des Regionalmanagements Kultur mit über 100 Teilnehmenden statt, die Fertigstellung des Radwegs in Kirchberg sowie die Aktion Stadtradeln.

§ 1

Fortschreibung des Abfallwirtschaftskonzepts: Handlungsfelder für eine zukunftsfähige und nachhaltige Kreislaufwirtschaft im Rems-Murr-Kreis

Drucksache 2021/103

Landrat Dr. Sigel verweist auf die der Beratung zu Grunde liegende Drucksache.

Herr Dr. Bühle, Prokurist der Abfallwirtschaft Rems-Murr AöR erläutert die Drucksache 2021/103 anhand einer Präsentation, die dem Original der Niederschrift als Anlage beigefügt ist.



Kreisrat Jäger führt für die CDU-Fraktion aus:

„Sehr geehrter Herr Vorsitzender Landrat Dr. Sigel,
sehr geehrte Damen und Herren,
liebe Kolleginnen und Kollegen,

Seitens der CDU Kreistagsfraktion möchten wir zunächst betonen, dass bereits heute unsere AWRM eine sehr gute Arbeit leistet. Damit das so bleibt begrüßen wir, dass nun wichtige Weichen für die Zukunft gestellt werden sollen. Etwas unglücklich war, dass Ende März das Konzept ohne Wissen der Fraktionen schon vor der Sitzung der Presse präsentiert wurde. Dadurch, dass damit auch die Diskussionsbeiträge aus der folgenden Ausschusssitzung in der Berichterstattung untergingen, ist in Teilen der Bevölkerung offenbar der Eindruck entstanden, das neue Konzept sei schon beschlossene Sache. Herr Landrat hat jetzt gerade nochmals richtiggestellt, dass nun die Leitplanken gestellt und beraten werden. Danach geht es entsprechend weiter. Viele unserer Vorschläge finden sich bereits in der Konzeption wieder und wir gehen davon aus, dass unsere Anfang März eingebrachten Anregungen und Anträge nun auch in die Kommunikation einfließen. Für die heutige Sitzung bleibt nur Raum für wenige beispielhafte Punkte.

Unser Antrag vom Juni 2020, die Einrichtung einer Gebrauchtwarenbörse zur Weiterverwendung gebrauchter Gegenstände zu prüfen, wurde in der Konzeption unter dem Titel Gebrauchtwarenhaus aufgegriffen. Ob, und falls ja wie groß, allerdings wirklich ein Gebrauchtwarenhaus gebaut werden muss, ist noch offen. So hatten wir die Prüfung von Kooperationsmöglichkeiten mit privaten Partnern angeregt. Nicht nur im Gebrauchtwarenbereich, sondern z.B. auch beim Thema Verarbeitung und Vermarktung von Biomasse. Viele Landwirtschaftsbetriebe praktizieren inzwischen die Erzeugung von Energie als Standbein zur Existenzsicherung. Wir sehen hier auch bei der Verarbeitung, Verwertung und Vermarktung von Biomasse Potential. Die AWRM kann sicher, muss aber nicht, alles selbst machen.

Ein weiterer wichtiger und ganz entscheidender Punkt ist gewiss die Modernisierung unserer Annahmestellen und Deponien. In einer geradezu auffälligen Konsequenz wird aber in diesem Zusammenhang das Thema Erreichbarkeit unterschlagen - was bei uns die Alarmglocken läuten lässt. Im heutigen Sachvortrag von Herrn Dr. Bühle wurde aber zum ersten Mal die Erreichbarkeit erwähnt und ich kann hieraus ein 'wurde' machen – hier scheint sich etwas zu bewegen. Neben attraktiven Annahmestellen, wird in unserem Flächenlandkreis auch immer die zu bewältigende Anfahrtsstrecke eine wichtige Rolle bei der Akzeptanz durch die Bürgerschaft spielen. Mit unserem Schreiben

von Anfang März brachten wir darum ein, dass eine Berücksichtigung der Struktur als weitläufiger Flächenlandkreis und der damit verbundenen Anfahrtswege bei der Festlegung künftiger Standorte unabdingbar ist, übrigens auch im Zusammenhang mit dem Thema Klimaschutz, weil die Anlieferung mit dem Individualverkehr stattfindet.

Last but not least muss es unser Ziel sein, auch die Gebühren weiter im Blick zu halten. Wir dürfen schon ein wenig stolz darauf sein, dass es unserer AWRM dank effizienter Arbeit gelingt, den derzeit schon hohen Standard bei vergleichsweise moderaten Gebühren zu leisten. Dies sollte auch in Zukunft ein wichtiger Maßstab sein. Denn zu hohe Gebühren belasten nicht nur die Bürger und vor allem einkommensschwächere Familien, sondern auch die Umwelt – nämlich dann, wenn die Schwelle zur Wildablagerung antiproportional zur steigenden Gebührenhöhe sinkt.

Abschließend möchten wir in diesem Zusammenhang die an uns herangetragene Sorge aufgreifen, das Gebührenaussfallrisiko solle künftig auf Hauseigentümer und Vermieter abgewälzt werden. Wir sehen das kritisch, hier besteht sicher Diskussionsbedarf. Aus Sicht der AWRM ist hier zwar ein gewisser Reiz und auch die Chance einer Vereinfachung nicht von der Hand zu weisen. Aber wir müssen uns schon fragen lassen, ob es gerechtfertigt ist, immer noch mehr Ausfallrisiken der öffentlichen Hand auf private Hauseigentümer abzuwälzen – und uns dann darüber zu wundern, wenn niemand mehr bereit ist, in den Bau von bezahlbarem Wohnraum zu investieren. Hier besteht auf jeden Fall Diskussionsbedarf und wollen uns dies daher offenlassen.

Insgesamt sehen wir uns auf der Basis des vorliegenden Entwurfs, verbunden mit den von uns eingebrachten Ergänzungen und Anträgen, auf einem guten Weg unsere AWRM für die Zukunft gut weiterzuentwickeln. Wir freuen uns darauf, produktiv daran mitzuarbeiten.“



Kreisrat Ahrens legt für die Fraktion der Freien Wähler dar:

„Sehr geehrter Herr Landrat,
sehr geehrte Mitglieder des Kreistags,
meine sehr geehrten Damen und Herren

‘Es gibt kein ‘weg’. Wenn wir etwas wegwerfen, muss es irgendwo hingehen.’

Dieses Zitat der amerikanischen Kritikerin und Aktivistin Annie Leonhard zeigt relativ gut, warum es richtig ist, die Abfallvermeidung als oberstes Handlungsfeld für die Fortschreibung des Abfallwirtschaftskonzepts der AWRM zu definieren.

Die gewählten Ansätze von umfassenden Aufklärungskampagnen und Maßnahmen zur Verbesserung der Trennqualität oder zur Reduzierung des Haushaltsmülls sind gut und wichtig, ebenso wie der geplante Aufbau eines Gebrauchsgüterkaufhauses. Hier ist es unserer Fraktion jedoch ein Anliegen, auch mit bestehenden Anbietern ins Gespräch zu gehen, um mögliche Synergieeffekte zu nutzen.

Doch neben der Abfallvermeidung und einer Steigerung der Trennqualität, ist uns insbesondere die Reduzierung von ‘Wildem Müll’ ein großes Anliegen. Mehr Komfort und verbesserte Öffnungszeiten bei den Wertstoffannahmestationen tragen hierzu ebenso bei, wie kurze Wege für die Bürgerinnen und Bürger zur nächsten Deponie oder Annahmestation. Auch bei der Preisgestaltung zur Abholung und Entsorgung des Sperrmülls kann das neue Konzept Anreize setzen.

Deponien oder Wertstoffannahmestellen sind aber auch der Arbeitsort von zahlreichen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der AWRM. Damit es auch zukünftig gelingt, qualifiziertes Personal zu gewinnen, müssen nicht nur die Vorgaben von Arbeitsschutz und Betriebssicherheit beachtet werden, sondern auch die Entwicklungen beim Personal mit einbezogen werden.

Ein weiterer Punkt, der aus unserer Sicht in der Fortschreibung des Konzepts Beachtung finden sollte, sind die Containerstandplätze für Altglas und Papier. Diese finden sich häufig in direkter Nähe zur Wohnbebauung. Hier bitten wir zu prüfen, ob im Rahmen der Weiterentwicklung des Abfallkonzepts Maßnahmen zur Reduzierung der Lärmbelastung für das Umfeld getroffen werden können, z.B. durch die Installation von Unterflurcontainern an besonders betroffenen Standorten.



Im Rahmen der Digitalisierung ist es uns wichtig, dass Verbesserungen im Betriebsablauf ermöglicht werden. So kann beispielsweise über eine Behälteridentifikation nachvollzogen werden, ob und wann eine Leerung der entsprechenden Tonne stattgefunden hat. Die gewählte Lösung sollte auch intelligente Wege ermöglichen, die z.B. in der Zukunft ein Modell, welches die Höhe der zu zahlenden Müllgebühren in ein Verhältnis zum tatsächlich anfallenden Hausmüll setzt.

Ein Punkt, der bei der weiteren Planung geprüft und überdacht werden muss, ist die Frage, ob die Müllgebühren weiterhin bei den Haushalten veranlagt werden sollen, oder zukünftig bei den Eigentümern der Gebäude. Insbesondere mit Blick auf die Konsequenzen, z.B. wenn Mülltonnen aufgrund von Falschbefüllung nicht geleert werden, erscheint es unserer Fraktion sinnvoll, die Gebühren auch zukünftig bei den Verursachern, also den jeweiligen Haushalten zu veranlagern.

Generell unterstützen wir, die Fraktion der Freien Wähler, die aktuellen Vorarbeiten und Planungen zur Fortschreibung des Konzepts. Eine regelmäßige Selbstkontrolle und Überprüfung der gesteckten Ziele trägt immer zu einer Weiterentwicklung bei und das wie bisher, schon gute Arbeit leistet.

In diesem Sinne, vielen Dank!“

Kreisrätin Dr. Fleischer erklärt für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen:

„Sehr geehrter Herr Dr. Sigel,
Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen,
Sehr geehrte Damen und Herren,

Wir können den Handlungsfeldern, so wie sie dargestellt wurden zustimmen. Es sind alles sehr wichtige, sehr bedeutende Punkte.

Über einige der Vorschläge müssen wir sicher noch diskutieren. Sie haben das schon angesprochen, zum Beispiel Eigentümer- oder Mietersystem. Es gibt immer Städte, die es so machen und andere, die es eben anders machen. Was ich dazu sagen möchte, auch im Hinblick auf die Gebühren und welche Gebühren werden wir in Zukunft nehmen.

Herr Ahrens, sie sagten, mit diesem Behälteridentifikationssystem wollen wir in eine ganz neue Richtung gehen; dass wir die Tonnen dann immer wiegen und den Nutzerinnen und Nutzern in Rechnung stellen, was in die Tonne geworfen wird. Dadurch werden sie ihr zentrales Problem den wilden Müll zu reduzieren, nicht lösen können, weil das genau das indizieren wird. Deswegen, müssen wir darüber diskutieren.

Wir sind absolut der gleichen Meinung, dass in erster Linie die Abfallvermeidung auf der Tagesordnung steht, weil alles das, was nicht produziert wird, auch nicht entsorgt werden braucht. Da sind die Handlungsspielräume des Kreises natürlich begrenzt. Also die Ideen, die in dem Konzept stehen, sind alle gut und müssen verfolgt werden.

Wir denken, dass diese Abfallvermeidung eben praktizierter Umwelt- und Klimaschutz ist. Und dass man diesen Verpackungswahn, also, wenn man kleine Pralinen oder einen Joghurtbecher kauft, ist da eine große Verpackung und ganz wenig drin. Auch die Gurke muss nicht in einer Einzelfolie verpackt werden. Aber das ist eine Systemfrage, da können wir als Kreis wenig tun. Aber wir können uns in diesem Recup-System zum Beispiel für die Becher im Café in der Waiblinger Innenstadt stark machen.

Es gab eine tolle Idee mit Windeln, als ein Hol-, Bring- und Waschsysteem. Wir haben das sehr kontrovers diskutiert, weil wir denken, neben der reinen Praktikabilität und neben der Frage, was wirklich an Windeln ankommt und wer sich darum kümmern muss, ist die Zeit auch weiter fortgeschritten. Wir haben Städte, in denen das vielleicht machbar ist, mit kurzen Wegen die Windeln zu liefern und abzuholen. Aber im ländlichen Raum muss man doch die Fahrtkosten und alles drum herum dagegenstellen und was es heißen würde, zum Beispiel Stoffwindeln im Haushalt zu waschen, oder überhaupt auf diese 'Fertigwindeln' überzugehen. Ich glaube, hier gibt es immer viele Argumente dafür oder dagegen. Da möchten wir natürlich niemandem vorschreiben, wie er das zu praktizieren hat.

Ein großes Thema, bei dem ich auch nicht weiß, ob wir das selber beeinflussen können, ist die Recycling-Quote. Wir sammeln in Deutschland alle wie die Weltmeister, aber was kommt davon in die sogenannte thermische Verwertung, quasi für die Zementindustrie, oder was wird wirklich echt recycelt!? Was das angeht, müssen wir einfach weiter voranschreiten und wir müssen versuchen im Kreis, mit unserem neuen Sammelsystem auch Lösungen finden, dass ein echtes Recycling und eine echte Wiederverwertung möglich ist.

Das Gebrauchtwarenhaus wurde von Ihnen schon angesprochen. Wir möchten nicht, dass irgendwelche privaten Unternehmen, sondern wir möchten ganz bewusst, dass soziale Unternehmen mit einsteigen. Weil ich denke, dass es eine Möglichkeit für den Arbeitsmarkt ist, für genau diese Personen, die in vielen privaten Firmen nicht mehr zum Zug kommen können, sich verwirklichen und arbeiten können. Wir wollen auch, dass die AWRM in diesem Zusammenhang bei den Warentauschtagen weiterhin und stärker unterstützt. Im Moment stehen und fallen diese mit ehrenamtlichem Engagement und oft können die Gemeinden das nicht mehr leisten und treten davon zurück. Ich denke, Warentauschtage bieten die Gelegenheit, dass alte Sachen für die Einen, die neuen Sachen für die Anderen sind und, dass das wieder auflebt. Da brauchen wir mehr Unterstützung.

Bei diesem Gebrauchtwarenhaus möchten ein Repair-Café dabei haben.

Das wären unsere Punkte.

Vielen Dank“

Kreisrat Riedel nimmt für die SPD-Fraktion wie folgt Stellung:

„Vielen Dank, Herr Landrat
Kolleginnen und Kollegen,
meine Damen und Herren,

Diese Größenordnung, wenn Sie mir die Vorbemerkung gestatten, ist gar nicht so schlecht. Sie würde wahrscheinliche den Kreistag arbeitsfähiger machen.

Für meine Fraktion möchte ich wenige Schwerpunkte in den weiteren Beratungen benennen:

1. Abfallvermeidung. Ziel ist die Reduzierung des Hausmülls durch eine noch bessere Trennqualität.
2. Ein wichtiger Baustein sind dabei bis zu drei Gebrauchtwarenhäuser auf den Deponien oder bei Recyclinghöfen. Nachdem sich die Diakonie mit der Schließung der 'Fundgrube' in Waiblingen von diesem Angebot verabschiedet hat, geht es nun darum neue Träger für solche Gebrauchtwarenhäuser zu finden.
3. Die Neustrukturierung unserer Deponien und Recyclinghöfe: mehr Anlieferzeiten für die Bürgerinnen und Bürger, schnellere Abwicklung, also eine bessere Infrastruktur.



4. Was einst umstritten war, ist heute von allen anerkannt: Solare Energieerzeugung auf stillgelegten Deponien.
5. Oberste Priorität hat für uns ein gerechtes und bürgerfreundliches Gebührensystem. Dabei muss gut überlegt werden, ob ein funktionierendes und einfaches System umgestoßen werden muss. Vor allem dürfen dabei nicht Familien mit Kindern die Verlierer/innen sein. Dazu gehören auch Haushalte mit Pflegebedürftigen, da in diesen Familien zwangsläufig am meisten Müll anfällt. Deshalb spielt hier die Gerechtigkeit und die soziale Verantwortung eine große Rolle spielt.

Es gilt nun in sachlicher Zusammenarbeit im Verwaltungsrat und im UVA ein zukunftsfähiges und nachhaltiges Konzept für den Kreis zu erarbeiten.“

Kreisrat Häfele erklärt für die FDP-FW-Fraktion:

„Grundsätzlich sind wir mit der AWRM sehr gut aufgestellt.

Sowohl was die soliden Finanzen betrifft, wie auch den Restmüll/Kopf der Bevölkerung betrifft, da sind wir schon recht gut. Aber das ist ja eine tolle Basis, um noch besser zu werden.

Personell sind wir auch in einer guten Kontinuität.

In ganz vielen Punkten wird sich die AWRM positiv weiterentwickeln.

Vier Punkte möchte ich herausgreifen:

- Ich fände es toll, wenn die AWRM ein Objekt in der Bahnhofstraße bekommt, da sie sich da für Öffentlichkeitsarbeit sehr gut positionieren würde. Hier gibt es verschiedene Varianten, wie dies realisiert werden könnte.
- Die aktive Weiterentwicklung unserer Deponien ist ein ganz wichtiger Punkt. Wir haben auf unserer Exkursion gesehen – je besser und komfortabler man trennen kann, mit verbesserter Wegführung, umso mehr Spaß macht es auch, etwas abzuliefern. Man muss es eigentlich parallel zum Supermarkt sehen, wo der Einkauf immer komfortabler wird. J
- Einer neuen Gebührenregelung vom Nutzer zum Eigentümer halten wir grundsätzlich für schwierig und da sind wir zurückhaltend, weil man ja vom Verursacher abweicht. des Mülls ist der Mieter.

- Ein Gebrauchtwarenladen wie in Günzburg besichtigt haben, hat seinen Charme, aber Abfall vermindert wird unter dem Strich nicht. Die Aufarbeitung kann hier jedoch nicht Aufgabe der AWRM sein. Hier brauchen wir einen Partner aus dem Sozialbereich.“

Kreisrat Kral merkt für die AfD-Fraktion an:

„Das vorgelegte Konzept mit den 5 Schwerpunktfeldern enthält viele gute Ansätze, die wir mittragen. Vielen Dank an die Verantwortlichen für die Aufbereitung.“

Auf drei Punkte möchte ich kurz eingehen.

Die Müllvermeidung weiter zu forcieren, ist der beste Ansatz. Dies sollte weiter mit Priorität angegangen werden. Ob das geplante Identifikationssystem hierbei einen Vorteil bringen wird, halten wir für fraglich. Eine zukünftig mögliche Abrechnung nach Müllaufkommen ist aus unserer Sicht zumindest mit hohem Verwaltungsaufwand auf der Nutzerseite verbunden. Ob die Vermeidung von Mülltourismus – insbesondere in Mehrfamilienhäusern – überhaupt möglich ist, wäre zu prüfen.

Vorteile durch die Umstellung von haushaltsbezogener auf eigentümerbezogene Abrechnung der Gebühren sehen wir nicht. Es stellt wohl eher eine Verlagerung von administrativem Aufwand auf die Hauseigentümer dar. Diese werden diesen Mehraufwand letztlich doch wieder den Nutzern in Rechnung stellen. Außerdem schränkt es die Gestaltungsfreiheit der Nutzer ein hinsichtlich der Auswahl der Behältergrößen und des Leerungsrhythmus.

Die Intensivierung der Wasserstoffherzeugung sehen wir hier alle als zukunftsweisend an. Wir regen an, diese verstärkt in die Nutzung der Wertstoffe und Erzeugnisse der Deponien einzubinden. Wir bitten den Vorstand der AWRM und auch Sie, Herr Dr. Sigel, sich in diesem Zusammenhang dafür einzusetzen, dass die aktuelle Bevorzugung von grünem Wasserstoff bei der öffentlichen Förderung beendet wird.

Vielen Dank.“

Kreisrat Kölz nimmt für die Gruppe Wilhelm/Klinghoffer wie folgt Stellung:

„Sehr geehrter Herr Landrat Dr. Sigel,
sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen,

meine Damen und Herren,

einleitend möchten wir den handelnden Personen unserer Abfall – Verwertungs – Gesellschaft AWRM unseren Dank aussprechen. Sie alle machen einen guten Job.

Aus den fünf Schwerpunktthemen möchten wir heute auf die Themen Abfallvermeidung und Entsorgung näher kurz eingehen.

Bei der Abfallvermeidung liegen wir durch gezielte Öffentlichkeitsarbeit und durch Vorbildfunktion mit den Mittelaufkommen bereits heute unter dem landesweiten Durchschnitt und unter dem Zielwert des Abfallwirtschaftsplanes Baden–Württemberg.

Die Sortenreine Trennung ist und bleibt ein weiterer wichtiger Baustein, das Abfallaufkommen weiter zu reduzieren.

Als weitere Säule muss hier die Wiederverwendung ausrangierter Gegenstände ganz oben auf der Agenda stehen. Es muss nicht immer alles gleich weggeworfen werden. Dazu gehört auch die Kooperation mit dem Handel im Bereich der Elektroaltgeräte–Entsorgung, was wir ja bereits schon machen. Als sehr positiv möchten wir an dieser Stelle erwähnen, wie beispielsweise in der früheren Deponie Steinbach die organischen Müllbestandteile im Deponiekörper biologisch umgesetzt werden. Das dabei entstehende methanhaltige Deponiegas wird in einem Gasmotor verbrannt und der dabei erzeugte Strom wurde bisher in das Stromnetz eingespeist. Aufgrund der zurückgehenden Gasmengen soll der künftig in Steinbach erzeugte Strom – wie die Backnanger Zeitung am 15. April 2021 berichtete – selbst genutzt werden, um die damit Sickerwasserreinigungsanlage zu betreiben.

Sehr zornig macht uns die Vermüllung unserer Umwelt und unserer Wälder durch Wilde Müllablagerungen. Schon zu Zeiten eines Landrats Horst Lässig hatte ich mich hier im Kreistag dafür für höhere Bußgelder ausgesprochen und stark gemacht. Leider bisher ohne Erfolg.

Diese Müllsünder müssen ihr Tun merklich am Geldbeutel spüren. Hatte ich seinerzeit noch 1.000 Deutsche Mark pro weggeworfenem Müllsack gefordert. So sind dies heute 500 EURO.

avon soll der Tippgeber als Anreiz, diesen Verstoß dem Landratsamt, seiner Stadt oder seiner Gemeinde zu melden, die Hälfte – dies wären dann 250 EURO – als Prämie erhalten.

Wir bitten Sie, Herr Dr. Sigel und die Landkreisverwaltung über eine Umsetzung dieses Vorschlags nachzudenken.



Das nächste ärgerliche Thema sind diese Wilden Müllablagerungen bei und vor unseren Wertstoff – Containern. Auch Restmüll ist dort ab und an leider vorzufinden. Wenn ein Container mal voll ist, gehört der Müll nicht einfach nur dort weggeworfen oder dort hingestellt. Nach dem Motto: Irgendeiner wird diesen Müll schon entsorgen. Nein – dieser Müll gehört von den Anlieferern wieder mitgenommen. Dieses gehört auch zum Thema ‘Wilde Müllablagerungen’ – und muss, wie bereits an dieser Stelle ausgeführt, künftig strenger geahndet werden.

Durch die derzeitige Corona-Pandemie sind unsere Restaurants und Gasthäuser leider geschlossen. Gut ist, dass diese Unternehmen wenigstens durch einen - in der Regel - gut organisierten Abhol- und Bringservice ihrer Produkte und Speisen einen Teil der früheren Umsätze generieren können. Schlecht ist, dass dadurch unheimliche Mengen an Verpackungs- und Plastikmüll produziert wird. Genau dieses wollte man vor Jahren noch strikt vermeiden. Und wir reden hier nicht nur vom ‘Branchen-Riesen’ – dem Pizza- und Pasta-Express, sondern auch vom ‘Döner-Express’ und vom ‘Asiatischen-Essen-Express’. Selbst deutsche Sternelokale und Sterneköche müssen – durch gesetzliche Vorschriften und Vorgaben gebeutelt – mittlerweile diesen Weg gehen. Dies war alles – zumindest in diesem Ausmaß – bis vor einem Jahr noch undenkbar. Wir hoffen sehr, dass in unseren Restaurants und Gasthäusern sehr bald wieder Normalität einkehrt, und diese Betriebe ihre Türen für uns Bürgerinnen und Bürger öffnen können, damit – zumindest dieses Müllaufkommen – sehr bald der Vergangenheit angehört.

Wir danken für Ihre Aufmerksamkeit und ihre Geduld, unseren Ausführungen zuzuhören.“

Kreisrat Dr. Borkowski erklärt für die Zählergemeinschaft DIE LINKE/ÖDP:

„Ich bin angesichts des heutigen Jahrestages von Tschernobyl versucht ein bis zwei Sätze zu verlieren. Ich erinnere mich noch ganz gut und war fünf Jahre in der Reaktorsicherheitsforschung vorher tätig gewesen und mir war zu diesem Zeitpunkt eigentlich schon relativ klar, dass uns alle 20 Jahre so etwas erwarten würde. Die SPD hat es damals ein paar Tage vorher mit den Nürnberger Beschlüssen geschafft, sich von der Atomkraft zu verabschieden, andere haben bis 2011 gebraucht. Wir sollten daraus lernen, unsere politischen Denk- und Entscheidungsprozesse ein bisschen zu beschleunigen. Ähnlichkeiten können bei der Klimadebatte gesehen werden.

Im Moment kennen wir nur die Kapitelüberschriften des neuen Abfallkonzeptes. Mit diesen sind wir einverstanden. Wir wissen auch, was bisher gut lief oder künftig besser laufen sollte. Spitzenklasse

sind wir jedenfalls beim Sammeln von Problemmüll. Aber: gelobt wurde heute schon genug. Kommen wir zu den Aufgaben der Zukunft!

-- Im grauen Restmüll stecken immer noch viel zu viele Dinge, die eigentlich in die gelbe Tonne gehören und umgekehrt auch in jeder gelben Tonne viel zu viel, das in die Verbrennung geht. Wir haben nicht einmal genaue Zahlen darüber. Wir sind gespannt, wie das neue Abfallkonzept da weiter kommt als in der Vergangenheit und wie wir das feststellen wollen.

-- Biomüll aus Haushalten und Biomüll aus Grünschnitt gehen immer noch ganz unterschiedliche Wege. Eine echte thermische Verwertung von Grünschnitt wäre in Zeiten der atmosphärischen Aufheizung wohl sinnvoller. Schauen wir, was uns und den Energieversorgern dazu einfällt!

-- Die Sammlung von Altmetall erreicht bei uns bisher nur dürftige Zahlen. Mit jeder Tonne Metallschrott könnte die öffentliche Abfallwirtschaft aber Geld verdienen, das für den Umweltschutz eingesetzt werden könnte. Hier fehlt es bisher an Einfallsreichtum und Unternehmergeist. Schauen wir, was das neue Abfallkonzept da besser macht!

-- Mehr Geld und Hirnschmalz ausgeben müssen wir ganz sicher beim Trennen und Verwerten von Kunststoff-Abfall. Hier kommt bisher fast nichts zusammen. Damit sind wir so ziemlich das Schlusslicht unter den Landkreisen der Region. Der Rest wandert dann wohl vorwiegend über die gelbe Tonne nach Malaysia und schwimmt dann neben unserem Reifenabrieb im Meer. Schauen wir, was das neue Abfallkonzept da bringt!

Ich denke, wir sollten nicht nur auf die Gebühren und den Komfort schauen, das ist zwar sehr wichtig für die Akzeptanz, aber wir sollten auch für die Umwelt etwas erreichen. Bürgerschaft beim neuen Abfallkonzept. Das scheint mir doch sehr wichtig zu sein und wir werden dann sehen, was im Juli unter den Überschriften steht.“

Herr Dr. Borkowski merkt ergänzend an, dass er früher im Landkreis Böblingen gewohnt habe und dort die Besitzerveranlagung bei den Müllgebühren praktiziert werde.

Landrat Dr. Sigel stellt Einvernehmen der bezüglich der künftigen „Leitplanken“ für die Abfallwirtschaft im Rems-Murr-Kreis fest. Er nimmt die Stellungnahmen und Anregungen zur weiteren Beratung und Diskussion entgegen.



Der Kreistag nimmt den Bericht zur Fortschreibung des Abfallwirtschaftskonzepts zur Kenntnis.

Auszüge:
AWRM

§ 2

Änderung der Satzung über die Erstattung der notwendigen Schülerbeförderungskosten Drucksache 2021/035/1

Landrat Dr. Sigel verweist auf die der Beratung zu Grunde liegende Drucksache und führt einleitend aus, es werde eine deutliche Entlastung der Eltern bei den Schülertickets in Höhe von 700.000 Euro auf den Weg gebracht. Ein mögliches 365 Euro-Ticket befinde sich noch im Antragsverfahren beim VVS und könne noch im Juli behandelt werden.

Kreisrat Mößner legt für die CDU-Fraktion dar,

„Sehr geehrter Herr Landrat,
wehrte Kolleginnen und Kollegen,

wir als CDU-Kreistagsfraktion tragen die in der Vorlage benannte Satzungsänderung wie von der Verwaltung vorgeschlagen mit. Wir finden es nach etwas mehr als 7 Jahren gerechtfertigt den Zuschuss für den Erwerb eines School-Tickets ab 1.9. diesen Jahres für Klasse 5 aufwärts von 11,50 auf 15 Euro anzupassen. Unter den Verbundlandkreisen wurde dies abgestimmt und entlastet etwas die Eltern bei der Finanzierung der Schülerbeförderung. Dies auch vor dem Hintergrund, dass die vergangenen 7 Jahre der Zuschuss stabil blieb, der Kostenanteil der Eltern aber immer gestiegen ist. Auch die Vereinheitlichung für die Klassen 1 - 4 können wir mittragen, da laut Vorlage den Eltern durch diese Maßnahme keine Mehrkosten entstehen. In diesem Jahr kostet das erhöhte Zuschusspaket den Rems-Murr-Kreis 250.000 Euro, in den Folgejahren 700.000 Euro. In Anbetracht der schwieriger werdenden Haushalte haben wir dies abgewogen, sind aber zum Ergebnis gekommen, den Eltern bei der Finanzierung entgegenzukommen und diese Mittel aus dem Kreishaushalt zu bestreiten.

Fragen wirft bei uns noch das 365 Euro-Schüler-Ticket auf. Nachdem dies zunächst ein Pilotprojekt der Landeshauptstadt sein sollte, hat sich der Landkreis Esslingen diesem Projekt angeschlossen. Der Rems-Murr-Kreis will sich die Option ebenfalls offen halten und hat den VVS um Aufnahme in die Projektskizze gebeten. Wir legen Wert darauf, dass mangels Beschluss des Gremiums damit noch keine Verpflichtungen verbunden sein können und werden die Entscheidung über den Förder-



antrag zunächst abwarten. Beraten werden soll am 12.7. darüber. Vor allem die Finanzierung ist uns wichtig und vor einer Entscheidung darüber benötigen wir entsprechende Unterlagen.

Insofern Zustimmung zur Satzungsänderung und Kenntnisnahme des Sachstands in Sachen 365 Euro-Schüler-Ticket.“

Kreisrat Dannenmann erklärt für die Fraktion der Freien Wähler,

„Sehr geehrter Herr Landrat Dr. Sigel,
liebe Gäste,
liebe Kreistagskolleginnen und -kollegen

Was ist ein Schulbus? Spötter sagen, ein Schulbus ist ein Fahrzeug das doppelt so schnell fährt, wenn du hinter herrennst, als wenn du drin bist..... Dank der zuverlässigen Busfahrerinnen, Busfahrer und Busunternehmen im Rems-Murr-Kreis ist dies bei uns natürlich nicht der Fall. Ein Schul-, bei uns im VVS auch sehr oft ein Linienbus, ist aber ein Verkehrsmittel, auf das viele unserer Schülerinnen und Schüler angewiesen waren. Ja, ich sage bewusst waren. Leider weist nämlich die VVS-Statistik coronabedingt sowohl im Gesamt- als auch im Bereich des Ausbildungsverkehrs knapp 50, ich betone, 50 % weniger Fahrten im Zeitraum Januar bis Februar 2021 im Vergleich zum selben Zeitraum für 2020 aus.

Homeoffice, Homeschooling, Kurzarbeit und freie Straßen führten zu einem herben Verlust an Fahrgästen in allen Verkehrsmitteln des VVS. Und zwischenzeitlich schlägt dieser Trend leider auch auf die seither stabilen Abo-Kunden durch, aktuell verzeichnet der VVS hier ebenfalls Rückgänge von ca. 15 %

Wir sind daher besorgt, ob es gelingt, trotz zunehmenden Impfungen und damit einer sich hoffentlich abzeichnenden Rückkehr zu 'Vor-Corona-Zeiten', alle Fahrgäste wieder zügig für die Schülerbeförderung und für den ÖPNV zurückzugewinnen. Wir brauchen für die Erreichung unserer Klimaziele einen attraktiven ÖPNV, der sich durch kurze Takte, Umweltfreundlichkeit und einem reichhaltigen Angebot an möglichst umsteigefreien Fahrtmöglichkeiten auszeichnet. Wir sind hier schon auf einem sehr guten Weg und die anstehende Fortschreibung unseres Nahverkehrsplans wird hier noch zusätzliche Impulse setzen. Ein wichtiger Impuls ist aber auch der Preis und hier möchten wir folgendes anmerken:



Als Kreis tragen wir künftig 15 statt 11,50 Euro. Das sind pro Kind 3,50 Euro /Monat. Berücksichtigt man die Preiserhöhung des Scool Abos zum 01.09.2021 in Höhe von 1,45 Euro, dann kommen davon bei den Eltern nur 2,05 Euro an. Das ergibt bei 11 Monaten 22,55 Euro im Schuljahr, bei zwei Kindern 45,10 Euro, wohlgemerkt im Jahr – eine, wie wir finden, vergleichsweise bescheidene Einsparung bei den Eltern, die die Schülerbeförderung und damit einen sehr wichtigen Teil des ÖPNV nicht wieder so attraktiv macht, wie wir es gerne hätten.

Wir sind der Meinung, dass unsere grün-schwarze Landesregierung, die regelmäßig die Bedeutung der Bildung und des ÖPNV betont, die Zuschüsse an den Kreis signifikant anheben muss, damit wir die Kostenanteile nochmals deutlich reduzieren können. Zielwert sollte u.E. ein Eigenanteil von ca. 33,00 Euro sein, dies entspricht dann dem Wert eines 365-Euro Jahrestickets, das dann vielleicht irgendwann ja für alle Fahrgäste im VVS angeboten werden könnte.

Lieber Herr Landrat, liebe Kreisverwaltung, wir stimmen dem Beschlussvorschlag natürlich zu, freuen uns aber sehr, wenn Sie sich für eine deutliche Anhebung der Landeszuschüsse einsetzen damit die Eigenanteile noch weiter 'attraktiv' abgesenkt werden können, damit durch die dann zu erwartende Belebung der Schülernachfrage unser ÖPNV wie ein Phoenix aus der Asche, sich gestärkt den künftigen Herausforderungen stellen kann.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit“

Kreisrätin Schmid merkt für die Fraktion von Bündnis 90/Die Grünen an,

„Sehr geehrter Herr Dr. Siegel,
Sehr geehrte Damen und Herren,
Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen,

ich freue mich stellvertretend für meine Fraktion das heute zusätzliche Gelder für den Schülerverkehr zur Verfügung gestellt werden. Es ist ein deutliches Signal zur Stärkung des ÖPNVs, doch bleiben zentrale Fragen offen:

Kann eine Kostensenkung von maximal 5,15 Euro im Monat tatsächlich die Abozahlen erhöhen?
Wird dadurch das Elterntaxi obsolet?



Klimaneutralität des Kreises endet nicht an der Tür des Landratsamtes, daher wäre es als Schulträger sowieso geboten, den Eltern ein tatsächlich überzeugendes Angebot zu offerieren.

Zum zweiten, eine Frage, die ich auch gern im UVA weiter diskutiere:

Wer entscheidet darüber, ob ein Kind vor Ort beschult wird oder ob Eltern gezwungen sind ihr Kind an ein Sonderpädagogisches Bildungs- und Beratungszentrum zu geben.

Ist eine inklusive Beschulung an allen Grundschulen möglich?

Klare Antwort an alle Verantwortlichen – NEIN -.

Einige Eltern sind gezwungen ihre Kinder auf einen weiten Schulweg zu geben, sie in den öffentlichen Verkehr zu schicken und werden dafür noch zur Kasse gebeten. Ist es hier, obwohl es natürlich zu begrüßen ist, dass das Tarif- und Ticketsystem angepasst wurde, tatsächlich dann auch ein gerechtes System, in dem die freie Wahl ausgesetzt wird und dafür noch gezahlt werden muss.

Das führt mich zum 3. Punkt:

Womit wird die Ungleichbehandlung von Grundschulern und Schülern an weiterführenden Schulen begründet?

Die geringe Dichte an weiterführenden Schulen erhöht den Anteil an Fahrschülern. Wenn-gleich für Grundschüler eine qualitative und preisliche Verbesserung eintritt, fällt die Entlastung bei Kindern weiterführender Schulen bei deutlich höheren Ticketpreisen geringer aus, obwohl hier weit mehr Kinder auf ein Scool-Abo angewiesen sind.

Es besteht Handlungs- und Verbesserungsbedarf. Die Tarifgestaltung und die Subventionierung sind wichtige und richtige Maßnahmen, wer aber nachhaltige Effekte erzielen will, eine Unterstützung und Entlastung von Familien und eine Stärkung des ÖPNV, der sollte sich nicht auf dem Erreichten ausruhen. Es ist ein erster Schritt, dem zeitnah viele weitere folgen müssen.

Daher begrüßen wir es auch ausdrücklich, dass der Rems-Murr-Kreis in die Projektskizze für ein 365,- Euro-Ticket aufgenommen wurde. Wir hoffen natürlich, dass sich hier weitaus mehr entwickelt.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit“

„Kreisrat Riedel nimmt für die SPD-Fraktion wie folgt Stellung,

Herr Landrat,
meine Damen und Herren,
Kolleginnen und Kollegen,

Ziel aller Maßnahmen muss sein, dass wir allen Schülerinnen und Schülern ein sozial ausgewogenes Angebot machen, die Bildungseinrichtungen im Kreis mit dem ÖPNV zu erreichen. Deshalb war es Zeit, den Eltern eine weitere finanzielle Entlastung zu gewähren.

Kritisch sehen wir nach wie vor die unterschiedlichen Förderungen, die auch zu einer gewissen Unübersichtlichkeit führen und noch immer gewisse Ungleichbehandlungen beinhalten. Dennoch: Es kommt nun zu einer deutlichen Entlastung für viele Familien. Regelmäßige Tarifierhöhungen sollten jedoch auch regelmäßige Entlastungen der Familien nach sich ziehen und nicht in einem 7-Jahreschritt.

Wir begrüßen ausdrücklich die Bereitschaft von Ihnen, Herr Dr. Sigel, dass Sie – auch auf unser Drängen hin – für den Landkreis die Option gesichert haben, in ein Förderprogramm für ein hoffentlich netzweites 365 Euro-Ticket aufgenommen zu werden. Bund und Land müssen sich endlich stärker an der Förderung eines solchen Tickets beteiligen. Zusammen mit den Mitteln, die bereits heute in das Scool-Abo gesteckt werden, könnte so ein großer Wurf gelingen. Der ÖPNV sollte endlich von allen als eine wichtige Aufgabe der Daseinsvorsorge erkannt werden, auch im Hinblick auf den Klimawandel. Wir müssen weg von der Betrachtungsweise, eine Mobilitätswende primär aus der 'Windschutzscheibenperspektive' zu betreiben.

Mit einem solchen Ticket könnte ein erster wichtiger Schritt zu einem nutzerfreundlichen, überschaubaren Tarifsystem gelingen. Die immer wieder aufkommenden Warnungen vor den Kosten verlieren ihre Glaubhaftigkeit dann, wenn sich der Blick auf die Kosten des „Klimaschutzes“ ohne eine nachhaltige Mobilitätswende richten.“



Kreisrat Haußmann führt für die FDP-FW-Fraktion aus,

„Sehr geehrter Herr Landrat,
liebe Kolleginnen und Kollegen,

die FDP/FW-Kreistagsfraktion wird den Satzungsänderungen zustimmen. Nach sieben Jahren ist mehr als gerechtfertigt, insbesondere da im Rahmen der Tarifreform 2020 viele Einsparungen durchgeführt wurden. Insofern ist es richtig, dass man eine Neuregelung der Schülerbeförderungskosten macht.

Es ist auch der Grundsatz zu begrüßen, dass keine Schülerin und kein Schüler benachteiligt wird, sondern jeder einen Vorteil hat, wenn auch unterschiedlich von den Staffellungen. Aber auch unter dieser Betrachtung ist es konsequent, dass das School-Abo entfällt und man auch Familien, die soziale Leistungen in Anspruch nehmen, stärker fördern kann.

Es sind insgesamt 700.000 Euro ab dem nächsten Jahr. Das sind 28 % mehr Zuschüsse in einer Situation, in der die Haushaltslage sicherlich nicht leichter wird und auch wenn es heute nicht zur Abstimmung steht – gestatten Sie mir auch die Thematik 365 Euro-Ticket aufzunehmen. Ich glaube, es ist grundsätzlich wichtig darüber nachzudenken, wie wir den ÖPNV gerade für Schülerinnen und Schüler, für die junge Generation attraktiv machen können. Das sind genau die, die langfristig im ÖPNV dabei sind. Meine Fraktion hat aber grundsätzliche Bedenken beim 365 €-Ticket. Denn ist dies einmal im Raum, werden wir es im Leben nicht mehr los. Die Wiener Linien können ein Lied davon singen und Sie müssen dann andere Tarife eben stärker erhöhen, weil Sie von diesem Wert nicht mehr wegkommen. Deswegen sollten wir uns nicht verengen auf die 365 Euro-Diskussion, sondern uns auch öffnen, wie wir insgesamt Möglichkeiten finden, gerade für Schülerinnen und Schüler, den ÖPNV noch attraktiver zu machen. Denn man muss nicht in die Glaskugel schauen um zu sehen, was am Horizont aufzieht – die Gespräche laufen gerade und das Ergebnispapier der grün-schwarzen Landesregierung liegt vor. Es wird vermutlich eine Nahverkehrsabgabe geben d.h. das Land freut sich an einer Mobilitätsgarantie und gibt die Dinge dann vor. Die Kommunen und die Kreise müssen dies dann über die Nahverkehrsabgabe finanzieren ist. Auch deswegen ist es wichtig, dass wir die Finanzierung insgesamt in den Blick nehmen und nach Alternativen für ein 365-Euro-Ticket suchen. Dafür sind wir als Fraktion bereit, um uns auch für den ÖPNV zu engagieren.

Vielen Dank!“

Kreisrat Kral legt für die AfD-Fraktion dar:

„Die geplante Satzungsänderung werden wir mittragen.

Wir halten an der bisher vertretenen Linie fest, erst das Scoolabo weiterzuentwickeln zu einem echten Jahresticket, bevor zum Beitritt zu Projektskizzen oder ähnlichen Entwicklungen übergeht.

Ich bitte im Namen unserer Fraktion um Aufklärung, wie warum Esslingen aus dem Beschluss der VVS-Partner ausgeschieden und dieser Projektskizze einseitig beigetreten ist.

Vielen Dank.“

Kreisrätin Wilhelm erklärt für die Gruppe Wilhelm/Klinghoffer,

„Sehr geehrter Herr Landrat Dr. Sigel.

Liebe Kolleginnen und Kollegen in Oppenweiler und an den Bildschirmen,
sehr geehrte Damen und Herren,

vorweg: wir stimmen den Änderungen zur Satzungsänderung über die Erstattung der Schülerbeförderung, wie in der Vorlage aufgeführt vollumfänglich zu.

Drei Gründe dazu:

Erstens: von der Tarifzonenreform, die zum 1. April 2019 in Kraft getreten ist, haben Schülerinnen und Schüler, nicht profitiert. Es gibt zu viele Sonderregelungen in den Klassenstufen.

Zweitens: die bisherige Satzung wurde im Jahr 2014 erstellt und bedarf nach 7 Jahren einer aktuellen Betrachtung wie z. B. bei Formulierungen durch neue Schularten.

Drittens weil es aus unserer Sicht im gesamten VVS Gebiet, explizit in den beteiligten Landkreisen einheitliche Regelungen in den Finanzierungs- und Abrechnungsverträgen geben muss.

Verschiedene Akteure, die am ÖPNV beteiligt sind wie Fahrgäste, Verkehrsunternehmen, Aufgabenträger und Politik, setzen unterschiedliche Schwerpunkte bei der Gewichtung von Fahrpreisen, Es gilt auf Tarifgerechtigkeit, Tarifergiebigkeit und die Tarif-übersichtlichkeit zu achten - und die Ausgewogenheit dieser Aspekte untereinander zu gewichten.

Im VVS wurde bislang mit einem Angebot zielgruppenspezifischer Tickets mit maßgeschneiderten Inhalten Maßstäbe gesetzt. Bis zu Beginn der Corona-Pandemie haben dies seit Jahren stetig steigende Fahrgastzahlen mit Nachdruck bestätigt. 2020 ist die Zahl der Fahrgäste im VVS um 40% gesunken. Das ist eine alarmierende Wendung.

Schülerinnen und Schüler von heute die Fahrgäste sind morgen Diese für Fahrten in Bussen und Bahnen zu gewinnen ist Teil unserer Aufgabe, der wir mit dieser Satzungsänderung Rechnung tragen. Um frühzeitig im Leben die Freude und den Wert des ÖPNV zu erkennen sind Kosten ein Aspekt des prägenden intermodalen Mobilitätsverhaltens. Unser Beitrag als RMK, als Partner im VVS kann mit dieser Freiwilligkeitsleistung sein, den Tarifdschungel zu lichten und den ökologischen Fußabdruck der jungen Generation zu prägen.

Wir verbinden die Hoffnung, dass trotz Corona das geplante Tarifsymposium in diesem Jahr stattfinden kann. Wir regen wir an, die Idee eines einheitlichen Jugendtickets weiter zu vertiefen und die Umsetzung voran zu bringen. Statt Schüler-Beförderung oder 365 € Fahrschein oder school Abo, ein Jugendticket, das seinen Namen verdient. In diesem Zusammenhang sind wir sehr gespannt, ob der Rems-Murr Kreis in die Projektskizze des Förderprogramms auf ein 365 € Ticket mit aufgenommen werden wird.

Mobilität bedeutet Beweglichkeit – in diesem Sinn gestalten wir gerne mit und freuen uns auf die weiteren Entwicklungen

Danke für Ihre Aufmerksamkeit!“

Kreisrat Barthold merkt für die Zählergemeinschaft DIE LINKE/ÖDP an,

„Lieber Herr Dr. Sigel,

Liebe Anwesenden und liebe Daheimsitzenden,

Der öffentliche Personennahverkehr ist ein sehr vielfältiges, ein sehr wichtiges Thema, vor allem im Hinblick auf den Umweltschutz.

Viele unterschiedliche Menschen sind davon betroffen. Ein Thema, bei dem es nach meinen Erfahrungen und sicher auch die von Ihnen, viel zum Schimpfen gibt und kaum jemand etwas sieht, wenn es mal gut funktioniert. Deswegen möchte ich mich heute, hier und jetzt als Schulleiter und als Fa-

millienvater für die deutlichen Verbesserungen auch im finanziellen Hinblick bedanken. Für viele Schülerinnen und Schüler hat sich mit den zusätzlichen Schulbussen, die eingesetzt werden, die Situation logistisch verbessert. Und wird sich mit unserem heutigen Beschluss auch finanziell verbessern, und das ist gut.

Natürlich lässt sich hier gerade im Hinblick auf den Klimaschutz dann aber doch noch vieles mehr verbessern. Nur gute, verlässliche Linien bewegen Menschen, auf den öffentlichen Nahverkehr umzusteigen. Je mehr, desto besser. Einfache, unkomplizierte Nutzung und Abwicklung und unser Beschluss heute trägt dazu bei, dass das System vereinfacht wird. Auch das 365,- Euro-Ticket, von dem wir schon des Öfteren gehört haben, gehört dazu. Und natürlich der Umweltschonende Einsatz und die Funktion der Verkehrsmittel.

Unser Landkreis ist ein sehr vielschichtiger Landkreis und sehr unterschiedlich aufgestellt, von eher Großstädtischen Strukturen, kleine Städte, Dörfer und sogar Weiler mit ihren jeweiligen Menschen und Bedürfnissen.

Es ist sicherlich sehr schwierig, diese ganzen unterschiedlichen Bedürfnisse unter einen Hut zu bringen und deswegen bitte ich dringend darum, den einzuschlagenden Weg gründlich zu prüfen, bzw. prüfen zu lassen und den dringend notwendigen Klimaschutz hier ein Stückweit zu verwirklichen.

Wir stimmen der Änderungsnutzung natürlich zu.

Herzlichen Dank.“

Kreisrat Dr. Borkowsky merkt ergänzend an, dass der Landesverkehrsminister bereits in der ersten Amtsperiode der grün-schwarzen Landesregierung ein Gutachten in Auftrag gegeben habe, welche rechtlichen Mittel zur Verfügung stünden, um eine Nahverkehrsabgabe einzuführen. Das Ergebnis sei gewesen, dass kein Landesgesetz erforderlich sei und damit sinnvolle Verbesserungen im ÖPNV möglich seien. Insofern solle nicht länger zugewartet und noch in diesem Jahr ein ÖPNV-Entwicklungsgutachten in Auftrag gegeben werden, um gewappnet zu sein, wenn die Abgabe zur Verfügung stehe.

Landrat Dr. Sigel weist darauf hin, dass die Thematik zu gegebener Zeit aufgegriffen werde, sobald sich die Nahverkehrsabgabe abzeichne. Im Landkreis Esslingen sei es der Kreistag gewesen, der eine Beteiligung am 365 Euro-Schülerticket auf den Weg gebracht und beschlossen habe.



Der Kreistag beschließt einstimmig den Beschlussvorschlag der Verwaltung:

1. die „Satzung zur Änderung der Satzung über die Erstattung der notwendigen Schülerbeförderungskosten im Rems-Murr-Kreis vom 14. Juli 2003 in der Fassung vom 16. Dezember 2013“ (Anlage 1 zu Drucksache 2021/035/1) zu beschließen.
2. die Verwaltung zu beauftragen, die erforderlichen Finanzierungs- und Abrechnungsverträge mit der Stadt Stuttgart, den Verbundlandkreisen Böblingen, Esslingen, Ludwigsburg und Göppingen sowie der Verkehrs- und Tarifverbund Stuttgart GmbH (VVS) abzuschließen.

Auszüge:

1 Amt für ÖPNV



§ 3

Sanierung des Gebäudeabschnitts mit Sitzungssaal im Altbau am Alten Postplatz 10 in Waiblingen Drucksache 2021/063/1

Landrat Dr. Sigel verweist auf die Drucksache 2021/063/1.

Kreisrat Mößner erklärt, nachdem die CDU-Fraktion nach der VSKA Sitzung am 15. März 2021 wegen ihrer Haltung zum Thema „Sanierung Sitzungssaal“ kritisiert worden sei, wolle man deren Haltung hierzu nochmals erläutern. Das Thema sei im Ältestenrat Ende 2020 angesprochen worden. Es sollten vor allem die digitale Technik ertüchtigt und die milchigen Fensterscheiben ausgetauscht werden. Dabei sei man von max. niedrigen sechsstelligen Beträgen ausgegangen. An der darauf präsentierten Vorlage mit einer bevorzugten Variante in Höhe von 6 Mio. Euro habe man daher Anstoß genommen. Hier wäre ein Zwischenschritt mit einer interfraktionell besetzten Arbeitsgruppe gewünscht worden, da die Maßnahme ja unmittelbar die Arbeit des Kreistags angehe. Seiner Fraktion sei es zudem wichtig, dass in einer Zeit, die von sehr viel Unsicherheit in der Gesellschaft und auch für den Kreishaushalt geprägt sei, ein demokratischer Austausch zu Investitionen über 6 Mio. Euro stattfinden könne. Es müssten stets auch die Kreisfinanzen im Bewusstsein gehalten werden. Es werde nun in eine Sanierung eines Teil-Gebäudeabschnitts und nicht nur in den Sitzungssaal investiert. Dieses Zeichen nach außen sei der CDU-Fraktion wichtig. Zwischenzeitlich hätten sich die Fraktionsvertreter vor Ort einen Eindruck zu den Themen Brandschutz, Gebäudeschäden, Wasserflecken im Sitzungssaal, Barrierefreiheit etc. machen können. Die Sanierungsnotwendigkeit des Gebäudeabschnitts werde grundsätzlich anerkannt und als vorgezogene Maßnahme des Gesamtimmobilienkonzepts mitgetragen. Über den Haushalt und entsprechende Mittelübertragungen sei die Maßnahme gedeckt. Man bitte darum, rechtzeitig in die Ausstattung eingebunden zu werden.

Kreisrätin Besa stellt für die Fraktion von Bündnis 90/Die Grünen fest, dass der Sitzungssaal könne derzeit pandemiebedingt nicht für Ausschusssitzungen genutzt werden könne. Zur Ausgangslage gehöre auch, dass der Saal zuletzt in den siebziger Jahren erneuert worden und die Möblierung auch entsprechend alt sei. Dies bedeute, dass die Lüftung, Möblierung, Fenster und energetische Fassadensanierung sowie Medienausstattung und brandschutzrechtlich, der Raum nicht mehr die heutigen Anforderungen erfülle. Hinzu komme, dass dieser nicht barrierefrei zugänglich sei. Daher spreche sich ihre Fraktion dafür aus, die Sanierung des Gebäudeabschnitts anzugehen, damit künftig eine vielfältige Nutzung möglich sei. Man solle die Zeit dafür nutzen, den stillgelegten Eingang

wieder zu öffnen und einen Aufzug einzubauen sowie mehr Plätze und einen zusätzlichen Besprechungsraum zu schaffen. Bezüglich der Feinplanung solle die Zahl der Damen-Toiletten nochmals überprüft werden.

Kreisrat Friedrich legt für die Fraktion der Freien Wähler dar, in der Sache gebe es keine Diskussion über die Notwendigkeit der Maßnahme. Diese sei eine Investition in das Gebäude und in die Barrierefreiheit. Mit Blick auf die Baukostenentwicklung in den letzten Jahren müsse eingesehen werden, dass hier in die Substanz und den Werterhalt investiert werde. Deswegen werde die Maßnahme mitgetragen.

Kreisrat Lenk zeigt sich verwundert über die Wortmeldungen, zumal eine ausführliche Vorberatung erfolgt und keine weitere Aussprache vereinbart worden sei. Insgesamt sei man zum Schluss gekommen, dass die Sanierung richtig sei. Insofern stimme die FDP-FW dem Beschlussvorschlag zu.

Kreisrat Riedel weist darauf hin, dass der Sitzungssaal momentan nicht als barrierefrei bezeichnet werden dürfe. Einsparungen könnten eher durch einen Verzicht des dritten Tiefgaragengeschosses beim Neubau erreicht werden.

Landrat Dr. Sigel kündigt an, dass die Fraktionen in Fragen der Ausstattung mit einbezogen würden.

Der Kreistag beschließt einstimmig bei 10 Enthaltungen (8 vor Ort, 2 virtuell) den Beschlussvorschlag der Verwaltung:

1. Der Sachstandsbericht zur Ertüchtigung des Sitzungssaals am Alten Postplatz 10 wird zur Kenntnis genommen.
2. Die Verwaltung wird mit der barrierefreien Ertüchtigung des Sitzungssaals nebst angegliederten Besprechungsräumen (Variante 3) beauftragt.

Auszüge:

1 Amt für Beteiligungen und Immobilien



§ 4

Gründung einer Gesellschaft für ein Medizinisches Versorgungszentrum im Rems-Murr-Kreis
Drucksache 2021/068 und 2021/068/1

Landrat Dr. Sigel verweist auf die der Beratung zu Grunde liegende Drucksache und erläutert diese zusammenfassend.

Es erfolgt keine weitere Aussprache.

Der Kreistag beschließt einstimmig den Beschlussvorschlag der Verwaltung:

Kenntnisnahme des finalisierten Gesellschaftsvertrages.

1. der Gründung der *Rems-Murr-Kliniken MVZ gGmbH* als vorbereitende Maßnahme zur inhaltlichen Ausarbeitung eines Medizinischen Versorgungszentrums als 100%ige Tochtergesellschaft der Rems-Murr-Kliniken gGmbH zuzustimmen.
2. die Kenntnisnahme des Gesellschaftsvertrags der Rems-Murr-Kliniken MVZ gGmbH.

Auszüge:

1 Amt für Beteiligungen und Immobilien



§ 5

Programm des Rems-Murr-Kreises für bezahlbaren Wohnraum

§ 5.1.

Übernahme einer modifizierten Ausfallbürgschaft für die Kreditaufnahmen der Rems-Murr-Kliniken gGmbH aus dem Wirtschaftsplan 2021

Drucksache 2021/059

Landrat Dr. Sigel verweist auf die der Beratung zu Grunde liegende Drucksache.

Es erfolgt keine weitere Aussprache.

Der Kreistag beschließt einstimmig bei 5 Enthaltungen (4 vor Ort, 1 virtuell) den Beschlussvorschlag der Verwaltung:

1. Die Übernahme einer **modifizierten** Ausfallbürgschaft für Investitionskredite der Rems-Murr-Kliniken gGmbH am Standort Schorndorf in Höhe von 3.840.000 Euro und am Standort Winnenden mit 8.727.000 Euro im Jahre 2021 wird zugestimmt.
2. Der Beschluss des Kreistages vom 14. Dezember 2020 (Drucksache 2020/032) zur laufenden Nummer 7 wird insoweit abgeändert.



§ 5.2.

Übernahme einer modifizierten Ausfallbürgschaft für die Kreisbaugesellschaft zum Bau von 40 öffentlich geförderten Wohnungen

Drucksache 2021/027

Landrat Dr. Sigel verweist auf die der Beratung zu Grunde liegende Drucksache.

Es erfolgt keine weitere Aussprache.

Der Kreistag beschließt einstimmig bei 6 Enthaltungen (5 vor Ort, 1 virtuell) den Beschlussvorschlag der Verwaltung:

1. Der Rems-Murr-Kreis übernimmt zu Gunsten der Kreisbaugesellschaft Waiblingen mbH eine **modifizierte** Ausfallbürgschaft in Höhe von 7,328 Mio. Euro (max. 80% der voraussichtlichen Anschaffungskosten gemäß § 255 Absatz 1 HGB) zur Finanzierung von 40 Mietwohnungen in der Alfred-Leikam-Straße in Waiblingen. Die Avalprovision beträgt jährlich nachschüssig 0,3 % auf das jeweils zum Ende des Kalenderjahres noch verbürgte Kreditvolumen.
2. Der Beschluss des Kreistages vom 13. Juli 2020 (Drucksache 2020/076/1) zur laufenden Nummer 2 wird insoweit abgeändert.

Auszüge:

Amt für Beteiligungen und Immobilien



§ 6

Erhöhung der Beteiligung der Kreisbaugesellschaft Waiblingen mbH an der RMHV, Rems-Murr-Hauservice Verwaltungsgesellschaft mbH und der RMHS, Rems-Murr-Hauservice GmbH & Co. KG

Drucksache 2021/067

Landrat Dr. Sigel verweist auf die der Beratung zu Grunde liegende Drucksache.

Es erfolgt keine weitere Aussprache.

Der Kreistag beschließt einstimmig bei 1 Enthaltung vor Ort den Beschlussvorschlag der Verwaltung:

Der vom Aufsichtsrat der Kreisbaugesellschaft Waiblingen mbH empfohlenen Aufstockung der Beteiligungen an der

- Rems-Murr-Hauservice Verwaltungsgesellschaft mbH (Komplementär-GmbH) und
- Rems-Murr-Hauservice GmbH & Co. KG (operative Kommanditgesellschaft)

von jeweils 14,3 % auf 20 % wird zugestimmt.

Auszüge:

Amt für Beteiligungen und Immobilien



§ 7

Gründung der Holzvermarktungsgemeinschaft Schwäbisch-Fränkischer Wald / Ostalb e.G. (HVG)

Beitritt des Landkreises als Gründungsmitglied

Drucksache 2021/053

Landrat Dr. Sigel verweist auf die der Beratung zu Grunde liegende Drucksache und erläutert diese. Auch wenn es heute primär um die Formalia der Gründung einer Holzverkaufsgemeinschaft geht, sollten wir die Inhalte angesichts der aktuellen Diskussion um Holzangel fest im Blick haben. Es kann und darf nicht sein, dass es in einem Landkreis, der zu 40 % bewaldet ist, am Ende einen Mangel an Holz gibt. Wir haben als Landkreis ambitionierte Ziele in Sachen Holzbau, nicht nur deshalb ist das für uns eine wichtige Frage. Die Vermarktung des Holzes, sprich an wen vermarktet wird, muss bei der neuen Holzverkaufsgemeinschaft im Blick behalten werden.

Der Kreistag beschließt einstimmig den Beschlussvorschlag der Verwaltung:

1. der Gründung der Holzvermarktungsgemeinschaft Schwäbisch-Fränkischer Wald/ Ostalb e.G. (HVG) wird zugestimmt. Die Aufgaben der kommunalen Holzverkaufsstelle (HVS) des Landkreises werden in die HVG überführt, das Personal der HVS wird gegen Kostenersatz der HVG gestellt.
2. Der Rems-Murr-Kreis tritt der Holzvermarktungsgemeinschaft Schwäbisch-Fränkischer Wald/ Ostalb e.G. (HVG) mit einem Genossenschaftsanteil von 1.500 Euro bei. Landrat Dr. Richard Sigel bzw. eine von ihm beauftragte Person wird ermächtigt, in der Gründungsversammlung dem Gründungsbeschluss zuzustimmen.

Auszüge:

Forstamt

Amt für Finanzen



§ 8

Änderungen in der Besetzung des Jugendhilfeausschusses

Drucksache 2021/075

Landrat Dr. Sigel verweist auf die der Beratung zu Grunde liegende Drucksache.

Es erfolgt keine weitere Aussprache.

Der Kreistag beschließt im Wege der Einigung:

Der Jugendhilfeausschuss wird mit Frau Katja Krüger als Nachfolgerin für Frau Annette Schanbacher als ordentliches beratendes Mitglied und mit Herrn Hans-Jürgen Landgraf als Nachfolger für Herrn Helmut Sailer als stellvertretendes beratendes Mitglied neu gebildet.

Auszüge:

Kreistagsgeschäftsstelle



§ 9

Verschiedenes

Unter dem Tagesordnungspunkt „Verschiedenes“ erfolgten keine Wortmeldungen.

Zur Beurkundung!

Der Vorsitzende:

Der Schriftführer:

gez.

gez.

Dr. Richard Sigel

Thomas Hasert